



Die Warnung kommt zu einem denkbar sensiblen Zeitpunkt: Der Energiemarkt steht erneut unter erheblichem Druck, und die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten drohen, sich zu einer handfesten Versorgungskrise auszuweiten. Nach Einschätzung des Exekutivdirektors der Internationale Energieagentur, Fatih Birol, könnte der April für den globalen Energiesektor noch gravierendere Folgen haben als der bereits angespannte März. Selbst ein rasches Ende der militärischen Auseinandersetzungen im Iran würde die erwarteten Marktverwerfungen kaum abfedern.

Verzögerte Schockwellen auf den Energiemärkten

Die Dynamik der aktuellen Krise folgt einem bekannten, aber oft unterschätzten Muster: geopolitische Spannungen wirken mit zeitlicher Verzögerung auf reale Lieferketten. Während im März noch Tankerladungen ausgeliefert werden konnten, die vor Ausbruch der Krise im Persischen Golf verladen worden waren, ist die Situation im April grundlegend anders.

Birol verweist auf einen entscheidenden Punkt: Im laufenden Monat konnten im Golf faktisch keine neuen Energielieferungen mehr abgefertigt werden. Diese Unterbrechung trifft nun mit voller Wucht auf die internationalen Märkte. Es handelt sich dabei nicht nur um eine kurzfristige Störung, sondern um eine systemische Unterbrechung eines der wichtigsten Energie-Transitkorridore der Welt.

Der Persische Golf, insbesondere die Straße von Hormus, ist für rund ein Fünftel des globalen Ölhandels von zentraler Bedeutung. Jede länger anhaltende Störung führt zwangsläufig zu Preisvolatilität, Unsicherheit und politischen Reaktionen.

Der Iran-Konflikt als geopolitischer Multiplikator

Die militärische Eskalation im Iran entfaltet ihre Wirkung weit über die Region hinaus. Der Konflikt trifft einen ohnehin angespannten Energiemarkt, der sich seit Jahren zwischen strukturellem Wandel (Dekarbonisierung) und kurzfristigen Versorgungssorgen bewegt.

Die aktuelle Lage verschärft mehrere strukturelle Probleme gleichzeitig:



- **Abhängigkeit von fossilen Importen:** Viele Industrieländer bleiben trotz Energiewende stark von Öl- und Gasimporten abhängig.
- **Begrenzte kurzfristige Alternativen:** Strategische Reserven können Engpässe abfedern, aber nicht dauerhaft kompensieren.
- **Politische Unsicherheit:** Investitionen in Förderkapazitäten sind durch regulatorische und geopolitische Risiken eingeschränkt.

In dieser Gemengelage wirkt der Iran-Konflikt wie ein Katalysator, der bestehende Schwächen offenlegt und verstärkt.

Koordinierte Reaktion der internationalen Institutionen

Die Brisanz der Lage zeigt sich auch daran, dass führende internationale Institutionen ihre Maßnahmen abstimmen. Bei einem Treffen mit Kristalina Georgieva, Chefin des Internationaler Währungsfonds, sowie Ajay Banga, Präsident der Weltbank, wurde eine koordinierte Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der Krise diskutiert.

Diese Abstimmung ist kein Routinevorgang. Sie signalisiert, dass die Auswirkungen des Konflikts nicht nur als sektorales Problem der Energiebranche verstanden werden, sondern als potenzieller Schock für die Weltwirtschaft insgesamt.

Historische Vergleiche – etwa mit der Ölkrise der 1970er Jahre oder den Preisschocks infolge des Irakkriegs – zeigen, dass Energieengpässe häufig als Auslöser für Inflation, Wachstumsdellen und politische Instabilität fungieren.

Preisentwicklung und Inflationsrisiken

Die unmittelbare Folge der Lieferausfälle ist ein Anstieg der Energiepreise. Bereits im März hatten die Märkte mit erhöhter Nervosität reagiert, doch der April dürfte eine neue Phase markieren: den Übergang von Erwartung zu realer Knappheit.

Steigende Energiepreise wirken wie eine Steuer auf Volkswirtschaften:



- Unternehmen sehen sich mit höheren Produktionskosten konfrontiert.
- Verbraucher müssen einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie aufwenden.
- Zentralbanken geraten unter Druck, da Inflationsziele gefährdet sind.

Besonders betroffen sind energieintensive Industrien sowie Schwellenländer, die weniger fiskalischen Spielraum zur Abfederung solcher Schocks haben.

Europas strategische Verwundbarkeit

Für Europa ist die Situation besonders heikel. Nach den Erfahrungen der Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs hat die EU zwar ihre Bezugsquellen diversifiziert, doch strukturelle Abhängigkeiten bestehen fort.

Flüssiggasimporte, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und Effizienzmaßnahmen haben die Lage stabilisiert, aber nicht grundlegend verändert. Ein Ausfall von Lieferungen aus dem Nahen Osten kann nicht kurzfristig vollständig kompensiert werden.

Zudem konkurriert Europa auf dem globalen Markt mit anderen großen Abnehmern wie China und Indien um begrenzte Ressourcen. Dies treibt die Preise zusätzlich in die Höhe.

Logistische Engpässe und ihre Folgen

Neben der politischen Dimension spielt die Logistik eine zentrale Rolle. Selbst wenn sich die militärische Lage kurzfristig entspannen sollte, bleiben die Folgen für die Lieferketten bestehen:

- Versicherungsprämien für Tanker steigen drastisch.
- Reedereien meiden risikoreiche Routen.
- Häfen und Umschlagplätze arbeiten unter eingeschränkten Bedingungen.

Diese Faktoren führen dazu, dass sich der Markt nicht sofort normalisiert, sondern über Wochen oder Monate angespannt bleibt.



Die Grenzen kurzfristiger Entlastung

Die Hoffnung, dass ein rasches Ende des Konflikts die Lage schnell beruhigen könnte, erscheint nach Einschätzung der IEA zu optimistisch. Der April illustriert, wie stark zeitverzögert die Effekte geopolitischer Krisen auf reale Wirtschaftsprozesse wirken.

Selbst bei einem Waffenstillstand müssten zunächst:

- Lieferketten wieder aufgebaut werden,
- Versicherungs- und Sicherheitsfragen geklärt werden,
- Vertrauen in die Stabilität der Region zurückkehren.

Diese Prozesse benötigen Zeit – Zeit, in der die Märkte weiter unter Druck stehen.

Strukturwandel unter Stress

Langfristig könnte die aktuelle Krise den ohnehin laufenden Strukturwandel im Energiesektor beschleunigen. Investitionen in erneuerbare Energien, Speichertechnologien und alternative Lieferketten gewinnen an Attraktivität, wenn fossile Märkte als unsicher wahrgenommen werden.

Doch dieser Wandel ist kein kurzfristiger Ausweg. Er erfordert erhebliche Investitionen, politische Stabilität und technologische Fortschritte.

Kurzfristig bleibt die Weltwirtschaft in hohem Maße von fossilen Energieträgern abhängig – und damit anfällig für geopolitische Schocks.

Die Warnung der Internationalen Energieagentur ist daher weniger als Momentaufnahme zu verstehen, sondern als Hinweis auf eine strukturelle Verwundbarkeit der globalen Energieordnung. Der April könnte sich als Wendepunkt erweisen, an dem aus einer regionalen Krise eine globale wirtschaftliche Belastungsprobe wird.

Autor: Andreas M. Brucker